Bezugspreis für Dezember durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld in der Stadt Münster 2,00 Mk. **Beilagen:** „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart) „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr) „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus). **Sonder-Ausgaben:** Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich). **Redaktion und Verlag** Gallitzinstraße 13 Ecke Hamburger Straße — **Fernsprecher** Nr 2448 2449 und 2450. **Geschäftsstelle:** Münster Prinzipalmarkt 13/14 Fernspr. Nr. 78. — Rheine Emsstraße 34 a. Fernspr. 670. **Berliner Redaktion:** Paul Fr. Hügen Berlin SW 48. Hedemannstraße 25 Fernsprecher Hasenheide 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.

Anzeigen: Die mm Höhe 25 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg. Bezirks Münster sowie für alle amtlichen Finanz-, Sammel-, Markenartikel, und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg. für sonstige Anzeigen aus dem Reg. Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg. bei Barzahlung 7 Pfg. kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlg. 6 Pfg. **Reklamen:** Die mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt **Beilagen:** Gebührenberechnung nach Gewicht. **Postscheck-Konto** Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe | **Mittwoch, den 14. Dezember 1927** | **76. Jahrgang. Nr. 1239**

Die Besoldungsvorlage im Landtag verabschiedet.

Fortsetzung der Beratungen im Reichstag. — Eine Erklärung der Zentrumsfraktion.

Der Verlauf der Reichstagsdebatte.

s **Berlin**, 13. Dez. **(Eigener Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)**

Der Reichstag trat heute in die zweite Beratung der Besoldungsvorlage ein, die Samstag vom Haushaltsausschuß durchberaten war. Das Haus begann schon um 11 Uhr mit der Sitzung und tagte bis 7 Uhr abends, weil die Durchberatung dieser Vorlage eilt und sie am morgigen Mittwoch unter allen Umständen auch in dritter Lesung zu Ende geführt werden muß, damit nach der Erklärung des Finanzministers eine Auszahlung der Bezüge vor Weihnachten erfolgen kann. Da heute die zweite Beratung nicht zu Ende geführt wurde, muß man morgen mit einer recht langen Sitzung rechnen. Zu Beginn der heutigen Beratung beantragte der Abg. Lucke von der Wirtschaftlichen Vereinigung, auch über die Diäten der Reichstagsmitglieder mitzuberaten, und zwar nach der Richtung hin, daß eine Erhöhung der bisherigen Bezüge der Abgeordneten mit der Besoldungserhöhung nicht verbunden werden soll. In den letzten Jahren war es bekanntlich so, daß automatisch mit einer Erhöhung der Beamtengehälter auch die Diäten der Reichstags-Abgeordneten stiegen. Im übrigen stehen auch andere Parteien auf dem gleichen Standpunkt, aber da auch wiederum Parteien der Ansicht sind, da sich aus der gegenwärtigen Beratung der Besoldungsvorlage und ihrer Annahme eine Rückwirkung auch auf die Diäten der Abgg. ergeben müsse, so wurde der Antrag abgelehnt da die einzelnen Fraktionen noch nicht zu der neuen Gestaltung dieses Gesetzes nach dieser Richtung hin haben Stellung nehmen können. Wenn z. B. die Sozialdemokraten für eine Erhöhung der Diäten eintreten, so begründen sie das damit, daß andernfalls keine Angehörige der freien Berufe und des Mittelstandes mehr in der Lage wären, dem Rufe des Volkes zu folgen und ein Mandat anzunehmen. Das hat einige Berechtigung und in gewissen Zentrumskreisen, bei denen man im allgemeinen gegen eine Erhöhung der Diäten ist, scheint man nicht abgeneigt zu sein, einer derartigen Differenzierung zuzustimmen.

Im übrigen verlief die heutige Debatte ziemlich glatt. Alle die Gründe, die von den Rednern der verschiedenen Parteien vorgebracht wurden, um die Besoldungsvorlage zu bekräftigen, sind ja hinlänglich bekannt, in jeder Partei ist man überzeugt, daß es den Beamten schlecht geht und eine Erhöhung ihrer Bezüge längst notwendig gewesen wäre. Es ist eine Kleinigkeit für die Sozialdemokraten, mehr zu fordern; sie sollten nur einmal angeben, woher bei der ungünstigen Finanzlage des Reiches und vor allem auch der Länder und der Gemeinden die Mittel nehmen. Auch im Zentrum hätte sich nicht der mindeste Widerstand gegen die Höhe der Sätze der Vorlage erhoben, wenn man sich von vornherein klar wäre, daß genügende Deckung vorhanden ist und daß keinerlei Rückwirkungen auf die gesamte Wirtschaftlage stattfinden. Nur diese Besorgnisse haben einem Teil der Zentrumsfraktion warnende Worte in den Mund gelegt, um zwar der Gruppe um Stegerwald, der ja von Anfang an dafür eintrat, daß nur in Verbindung mit einer großzügigen Verwaltungsreform, also durch Verminderung der Gesamtkosten, für den Beamtenstab des Reiches, der Länder und Gemeinden, einer derartigen Besoldungsreform mit ihren immerhin großen Ausmaßen und Wirkungen zugestimmt werden könne. Diese Forderung taucht ja in gewissem Sinne in dem Änderungs-Antrag der Regierungsparteien wieder auf, den wir gestern bereits inhaltlich wiedergegeben haben. Diese Gruppe um Stegerwald, die keineswegs dem Beamtentum feindlich gegenübersteht, sondern die nur im Interesse des allgemeinen Wohles und letzten Endes auch des Beamtentums selbst, der jetzigen Besoldungsvorlage nicht zustimmen zu können glaubt, wird sich der Stimme enthalten, um nicht durch eine Gegenstimme die Vorlage zu gefährden. Über die Reichstagsvorlage hinaus gingen die Sozialdemokraten und Kommunisten, welch letztere allerdings mit einiger Berechtigung sowohl den Sozialisten als auch den Demokraten Agitation vorwarfen, wenn sie angesichts der Haltung der preußischen Regierung und der preußischen Koalitionsparteien im Reichstage Verbesserungsanträge stellten. Die Haltung des Zentrums begründete der Abg. Allekotte in einer namens der Fraktion abgegebenen Erklärung. Es kommt darin vor allem zum Ausdruck, daß die Zentrumsfraktion in ihrer Gesamtheit der Auffassung ist, daß eine Erhöhung der Bezüge der Beamten längst notwendig war. Meinungsverschiedenheiten seien in der Fraktion nur über das Ausmaß der Erhöhung entstanden. Deshalb habe auch die Fraktion in ihrem hohen Verantwortungsgefühl der Vorlage eine Form zu geben versucht, die bis an die äußerste Grenze des Möglichen geht und ihrer Mehrheit die Zustimmung ermöglicht. Außerdem habe die Fraktion durch ihren Antrag die übrigen Regierungsparteien zu beeinflussen gewußt, eine Reihe von Verbesserungen in das Gesetz hineinzuarbeiten, die es dem Reich, den Ländern und Gemeinden ermögliche, auf dem Wege der Verwaltungsreform sparsamer zu wirtschaften.

Auch im preußischen Landtag wurde die Besoldungsvorlage behandelt. Hier konnte das Gesetz bereits in 2. und 3. Lesung erledigt werden.

Die zweite Lesung abgebrochen.

pd **Berlin**, 13. Dez. **(Tel.)**

Im weiteren Verlaufe der heutigen Sitzung (vergl. den Bericht in Nr. 1287 des M. A.), wirft der

Abg. **Seppel** (Soz.) den Regierungsparteien vor, sie hätten es jetzt sehr eilig mit der Erledigung der Besoldungsvorlage, während sie anfänglich Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten gehäuft hätten. Die Aufbesserung käme viel zu spät. Sie lasse auch jede Großzügigkeit vermissen. Großzügig sei man nur gegenüber den Generalen und höheren Beamten. Der angeblich soziale Geist der Vorlage werde dadurch gekennzeichnet, daß danach der Kapitän z. S. monatlich 307,50 Mark mehr erhält, während den Schützen und Gefreiten 2 bis 4 Mark abgezogen werden. (Hört! Hört!)

Abg. **Dietrich**-Baden (Dem.) erklärt, bei den Regierungsparteien habe sich der Mangel klarer Richtlinien und einer festen Führung gezeigt. Zu einer Preiserhöhung liege gar kein Anlaß vor, da die Besoldungsreform nicht zu Steuererhöhungen führt. Die Aufbesserung sei notwendig nicht nur im Interesse der Beamten, sondern auch des Staates selbst. Die Erhöhung der Gehälter der oberen Beamten habe wegen ihrer geringen Zahl keine große Wirkung auf die Reichsfinanzen. Das Stöhnen über die hohe Belastung der Wirtschaft durch die Beamtengehälter sei unberechtigt. Alle Staatsbürger seien daran interessiert, ein unbestechliches Beamtentum zu haben. Dazu sei aber eine anständige Besoldung erforderlich. Wir haben nicht zu hoch bezahlte, aber zu viele Beamte. Der Redner fordert eine Verwaltungsreform, damit das Gegeneinanderarbeiten der Reichs- und Landesinstanzen aufhöre. Eine Verfassungsreform sei nicht zu umgehen. Er betont zum Schluß, daß die demokratischen Bemühungen um eine Verbesserung der Vorlage, leider an dem geschlossenen Widerstand der Regierungsparteien gescheitert seien.

Abg. **Torgler** (Komm.) sieht das Ergebnis der langen Verhandlungen des Ausschusses darin, daß die Beamten nun jede Hoffnung auf das Parlament verloren haben. Der Redner nennt die Vorlage ein reaktionäres Produkt und bestreitet den Sozialdemokraten und Demokraten das Recht, angesichts der Haltung der preußischen Regierung Verbesserungsanträge zu stellen. Ihre Haltung im Ausschuß mache den Eindruck, daß sie ihre Minister in Preußen für ausgemachte Stoffel halten. (Präsident Loebe rügt den Ausdruck.)

Abg. **Lucke** (WB.) erklärt, seine Freunde hätten durchaus Verständnis für die Notwendigkeit, die Beamtengehälter in angemessener Weise zu erhöhen. Es müsse aber dafür Sorge getragen werden, daß die dazu erforderlichen Mittel ohne steuerliche Belastungen beschafft werden können. Die Mehrkosten der Besoldung müßten in erster Linie vom gewerblichen Mittelstand in Form erhöhter Realsteuern getragen werden. Die jetzige Vorlage sei keine gerechte Lösung. Nötig sei vor allem sämtliche Hilfe für die untersten Gruppen. Den Forderungen für die übrigen Gruppen könne seine Fraktion vorläufig nicht zustimmen. Der Redner hält weiter Pensionskürzungen für erforderlich, wenn neben der Pension ein hohes Privateinkommen vorhanden ist.

Inzwischen ist von den Regierungsparteien ein

Änderungsantrag

eingegangen, wonach für die Dauer von zunächst fünf Jahren, beginnend mit dem 1. April 1928, von je drei freien oder freiwerdenden planmäßigen Beamtenstellen der Besoldungsordnung A (aufsteigende Gehälter), eine Stelle wegfallen soll, wenn die Geschäfte durch eine Hilfskraft wahrgenommen werden können. Diese Bestimmung soll auch für die Länder Gemeinden und Organe des öffentlichen Rechtes Anwendung finden.

Abg. Allekotte (Ztr.)

gibt namens der Zentrumsfraktion eine Erklärung ab, wonach die Zentrumsfraktion der Auffassung ist, daß die Erhöhung der Beamtenbezüge nicht mehr länger verzögert werden kann. Meinungsverschiedenheiten hätten sich in der Fraktion nur geltend gemacht hinsichtlich des Ausmaßes der Erhöhung. Das Gesamtverhältnis zwischen Reich und Länder bedürfe noch der Regelung. Der endgültige Finanzausgleich und eine organische Verwaltungsreform ständen noch bevor. In der Erklärung wird weiter darauf hingewiesen, daß ein erheblicher Teil von Landwirtschaft und Mittelstand über den starken Steuerdruck klage. Angesichts dieser Tatsache bedeute die Besoldungsreform eine folgenschwere Maßnahme, so daß ein Teil der Zentrumsfraktion Bedenken trage, ihr zuzustimmen. Auf Betreiben der Zentrumsfraktion hätten die Regierungsparteien beantragt, Bestimmungen über die Zusammenlegung von Behörden, die Abgrenzung der Zuständigkeiten und eine organische Verminderung der Beamtenzahl in die Vorlage aufzunehmen. Die Mehrheit der Zentrumsfraktion werde unter Berücksichtigung der sachlichen Notwendigkeiten dem großen Gesetzgebungswerk ihre Zustimmung geben.

Abg. Dr. **Stegerwald** (Ztr.) erklärt als Vertreter der Fraktionsminderheit, er sei nicht grundsätzlicher Gegner einer Besoldungsverbesserung, wolle ihr aber nur in Verbindung mit einer Verwaltungsreform zustimmen. Der Redner weist die Angriffe zurück, die von kommunistischer Seite wegen eines Briefes gegen ihn gerichtet worden sind. Dieser Privatbrief sei ohne seine Zustimmung veröffentlicht worden und enthalte keineswegs eine Beschimpfung der abgebauten Beamten.

Abg. Dr. **Frick** (Nat.-Soz.) erkennt an, daß die Vorlage manche Verbesserungen bringe; sie enthalte aber noch viele Ungerechtigkeiten, die beseitigt werden müßten.

Abg. Dr. **Best** (Völk.) bemängelt die Gehaltsregelung für den Reichsgerichtspräsidenten, dessen Gehalt um vier Prozent gekürzt sei, während die Ministergehälter erhöht würden.

Abg. **Groß** (Ztr.) wirft der Wirtschaftspartei Demagogie vor. Im Plenum beklage sie die Belastung des Mittelstandes durch die Besoldungsvorlage, während ihr Vertreter im Ausschuß Anträge stellte, die 100 Millionen Mehrausgaben erfordert hätten. Die Gesamtvorlage des Ausschusses sei ein Werk, auf das die Beamten stolz sein könnten.

Abg. **Schmidt**-Stettin (DN.) unterstreicht die Ausführungen des Vorredners über die Wirtschaftspartei und erklärt, die Beamtenschaft müsse dankbar sein, daß die Vorlage noch vor Weihnachten zustandegebracht werde.

Abg. **Lucke** (WB.) wehrt die gegen seine Partei erhobenen Angriffe zurück und erklärt, die von den Regierungsvertretern im Ausschuß über seine Anträge genannten Zahlen seien falsch gewesen.

Von der Regierung wird demgegenüber erklärt, daß diese Zahlen auf genauen Berechnungen beruhten.

Abg. **Dauer** (Bayr. Vpt.) weist darauf hin, daß der Abg. Lucke eine schwere Niederlage erlitten habe, und wieder schweigen sollte. Der Redner verliest dann eine Erklärung seiner Fraktion, in der es heißt, daß die bei Einbringung der Vorlage ausgesprochenen Bedenken durch die Ausschußverhandlungen nicht völlig ausgeräumt worden seien. In der Anerkennung der beruflichen Tätigkeit der Beamten sei man sich durchaus einig. Wenn trotzdem voraussichtlich nicht alle Mitglieder der Fraktion der Bayerischen Volkspartei der Vorlage zustimmen könnten, so lediglich deshalb, **weil die finanziellen Auswirkungen der Vorlage mit der wirtschaftlichen Lage nicht vereinbart werden könnten.** Die Mehrheit der Fraktion sei der Meinung, daß die finanzielle Auswirkung **scharf an die äußerste Grenze des Erträglichen heranreichte.** Es müsse daher die bestimmte Erwartung ausgesprochen werden, daß die Beamtenschaft ihrerseits sich der Bedeutung der übrigen Berufsstände bewußt bleibe und von Nebenbeschäftigungen und gewerblicher Warenvermittlung künftig absehe.

Damit schließt die allgemeine Aussprache, und das Haus geht zur Einzelaussprache über.

Die Vertreter der Oppositionsparteien bringen zahlreiche Einzelwünsche vor, die in Anträgen niedergelegt sind.

Unter Ablehnung aller Änderungsanträge werden die ersten 14 Paragraphen der Vorlage in der Ausschußfassung angenommen.

Darauf wird die Beratung abgebrochen und auf Mittwoch 10 Uhr vertagt.

Auf der Tagesordnung steht auch die dritte Beratung der Besoldungsvorlage, ferner die Anträge über die Weihnachtsbeihilfe für die Kleinrentner.

Schluß 19,30 Uhr.

Zweite und dritte Lesung im Landtag.

pd **Berlin**, 13. Dez. **(Tel.)**

Der preußische Landtag verabschiedete heute zunächst in allen Lesungen einen Gesetzentwurf, wonach auch die Erbpachtzinsen (Kanon), Grundmieten und Erbleihen im wesentlichen nach den allgemeinen vorläufigen Bestimmungen in die Aufwertung einbezogen werden.

Das Haus ging dann zur

zweiten Beratung der Besoldungsordnung

über. Mit der Beratung verbunden ist eine deutschnationale Interpellation über die Deckung der durch die Besoldungserhöhung entstehenden Mehrkosten und ein Antrag der Deutschen Volkspartei, die Abgeordneten-Diäten nicht unter die Bestimmung fallen zu lassen, jeweils mit den Ministergehältern erhöht zu werden. Es liegt ferner eine Reihe von Entschließungen des Hauptausschusses vor, wonach das Staatsministerium von der Rückforderung der auf die Besoldungserhöhung gezahlten Vorschüsse Abstand nehmen soll, auch dann, wenn die Vorschüsse über die endgültig festgesetzten Bezüge hinausgehen. Die Laufbahn der Beamten aller Verwaltungen soll vereinheitlicht und die Ministerialzulage gleich hoch bemessen werden wie im Reich.

In der allgemeinen Besprechung beantwortete

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff die deutschnationale Interpellation dahin, daß das Staatsministerium hoffe, die Deckung der Mehrausgaben für die Besoldung auch im Jahre 1928 durch höhere Steuerüberweisungen und Drosselung der Etatsausgaben hereinzubringen. Wenn trotzdem der Etat für 1928 mit einem Defizit von 73,3 Millionen vorläufig abschließe, so liege das an einer Steigerung anderer Staatsausgaben. Die Regierung rechne mit einer Herabminderung dieses Defizits, die eventuell durch Etatsabstriche herbeigeführt werden soll. Die erforderlichen Mittel dürften nicht durch Steuererhöhungen oder neue Steuern, sondern nur durch Ersparnisse im Staatshaushalt oder stärkere Überweisungen gewonnen werden.

Abg. Dr. **Köhler** (DN.) bezeichnete die Vorlage als eine Staatsnotwendigkeit. Einen schweren Fehler habe der Finanzminister dadurch begangen, daß er keine Reserven für Erhöhung über die Vorlage hinaus eingestellt hätte und daß damit die Ungerechtigkeit begangen werden müßte, die Gehälter der höheren Beamten herabzusetzen. Die Deutschnationalen beantragten, diese Gehälter wiederherzustellen. Die Vorlage soll jedem das Seine bringen. (Beifall rechts, höhnische Hurrarufe bei den Kommunisten).

Abg. **Simon** (Soz.) lehnte die Taktik ab, die Arbeiter und Angestellten gegen die Beamten aufzuputschen. Die Sozialdemokraten hätten durch ihre bisherige Stellung bewiesen, daß sie auch den Höheren ihre Rechte zukommen lassen wollten. Preußen sei leider bei vielen Verbesserungswünschen gehemmt gewesen durch seine finanzielle Abhängigkeit vom Reiche.

Abg. **Baumhoff** (Ztr.) trat für Kompromißschlüsse des Ausschusses ein und sprach die Hoffnung aus, daß das Reich Preußen in der Besserung der Kinderzulage folgen werde. Es sei unsinnig, den Weimarer Parteien politische Gründe für die Senkung der Gehälter der höheren Beamten zu unterschieben. Der Redner empfahl Verbesserungen für die höheren Beamten, wie sie der Interfraktionelle Ausschuß beschlossen habe.

Abg. **Meyer-Herford** (WB.) bedauerte, daß die Ansprüche der Pensionäre jetzt zurückgesetzt worden seien und beantragte die Einstufung der Pensionäre in die Gehaltssätze der Vorlage. Die Minister müßten auf Erhöhung ihrer Gehälter verzichten. Bezüglich der Akademiker verlange seine Partei die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. In der Frage der Sonderzuschläge müsse die preußische Regierung ihren Standpunkt dem Reichsfinanzministerium gegenüber durchsetzen.

Abg. **Caspar** (Komm.) bezeichnete die Vorlage als ein antisoziales und reaktionäres Machwerk, das nur den höheren Beamten zugute komme.

Abg. **Bartend**-Hannover (Dem.) forderte, daß das Besoldungsgesetz möglichst noch heute verabschiedet werde. Die Schuld an der Verzögerung liege am Reich. Die Art der Propaganda für die höheren Beamten sei unerfreulich. Es grenze an Demagogie, wenn die Deutsche Volkspartei die Gehälter der Minister kürzen wolle. Die neue Beamtenbesoldung sei ein großes Werk.

Abg. **Ladendorff** (WB.) erklärte, daß auch seine Partei die Überzeugung habe, daß das Berufsbeamtentum so bezahlt werden müsse, daß es das Amt ohne Sorge ausüben könne. Man dürfe aber nach gefühlsmäßiger Einstellung nicht Besoldungsfragen lösen. Bereits für den Schluß dieses Jahres sei ein Vakuum von 65 Millionen vorhanden. Für 1928 sei mit rund 80 Millionen Fehlbetrag zu rechnen. Man komme in dieselbe Bewegung hinein wie vor der Inflation. Die Wirtschaftspartei könne der Besoldungsreform nur zustimmen, wenn ohne Steuererhöhung für die Deckung gesorgt werde. Im Interesse der Arbeiter, Angestellten und Beamten läge nur ein wirksamer Preisabbau.

Abg. Dr. **Körner** (Völk.) bezeichnet es als fraglich, ob die Sätze der neuen Besoldungsordnung nach einem Jahre noch ausreichend sein würden.

Abg. Dr. **Hamburger** (Soz.) dankte im Namen der Regierungsparteien dem preußischen Finanzminister für sein Besoldungsgesetz. Allein der preußischen Regierungskoalition und ihrem ständigen Drängen sei es zu danken, wenn sowohl in Preußen als auch im Reiche noch in diesem Jahre die Besoldungsneuregelung durchgeführt werde. Die Anträge der Deutschen Volkspartei stellten nur den Versuch zu einem Stimmenfang dar.

Die Abgeordneten Frau **Lehmann** (DN.) und **Beuermann** (DV.) begründeten Änderungsanträge.

Ein Antrag der Regierungsparteien auf Schluß der Debatte wurde mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen.

Das Haus geht dann zu den Abstimmungen über.

In der Abstimmungen wurden die Änderungsanträge der Oppositionsparteien abgelehnt; Annahme fand lediglich ein volksparteilicher Antrag, der die Bezüge der Warte- und Ruhestandsbeamten in den unteren Gruppen aufbessert.

Die Besoldungsordnung wurde in zweiter Lesung angenommen.

Es folgte die dritte Lesung des Besoldungs-Gesetzes, bei der

Abg **Caspar** (Komm.) nochmals die Forderungen seiner Partei vorbrachte.

Zur zweiten Lesung wurde noch der interfraktionelle Antrag angenommen, der die herabgesetzten Gehälter der höheren Beamten zum Teil wieder angleichen will. Ablehnung fand auch der volksparteiliche Antrag auf Ausschließung der Ministergehälter von der Besoldungserhöhung.

Das Haus stimmte darauf in der dritten Lesung, die en bloc erfolgte, gegen die Kommunisten und die Wirtschaftspartei dem Besoldungsgesetz zu, das damit endgültig verabschiedet ist.

Das Haus vertagte sich dann auf Mittwoch 12 Uhr zur Etatsberatung.

Die amerikanische Eigentumsvorlage.

tu **Newyork**, 13. Dez. **Die Eigentumsvorlage ist in fast unveränderter Form dem Repräsentantenhaus zugegangen, nachdem der Haushaltsausschuß der Vorlage zugestimmt hat.**

Der Konflikt in der Eisenindustrie.

tu **Düsseldorf**, 13. Dez. Wie verlautet, sind die heutigen Schlichtungsverhandlungen heute abend vertagt worden und werden morgen früh weitergeführt. Von der Schlichtungskammer wurde einstimmig beschlossen, vor Abschluß der Verhandlungen über ihren Gang Stillschweigen zu bewahren, um einen ungestörten Verlauf zu sichern.

*

w **Düsseldorf**, 13. Dez. (Tel.) Die Parteien haben einstimmig beschlossen, um ein ungestörtes Verhandeln zu sichern, so lange die Schlichtungsverhandlungen dauern, über den Stand des Verfahrens der Presse keinerlei Mitteilungen zukommen zu lassen.

Aufhebung und Zusammenlegung von Reichsbehörden gefordert.

tu **Berlin**, 13. Dez. Die Regierungsparteien haben zur Besoldungsdebatte im Reichstag eine Entschließung eingebracht, die baldmöglichst einen Gesetzentwurf fordert, der eine Beseitigung der im Reich entbehrlichen Behörden und entsprechende Zusammenlegung vorsieht. In erster Linie seien die kleineren Landesfinanz- und Finanzämter, Oberpostdirektionen usw. abzuschaffen Ferner wird eine Neuverteilung der Behördenaufgaben zwecks fortschrittlicher Ersparnis von Beamten gefordert. Ferner soll die offene und geheime Vermittlung von Waren in Diensträumen untersagt werden. Auf die Länder soll in gleichem Maße eingewirkt werden.

Preußischer Staatsrat.

ndz **Berlin**, 13. Dez. **(Tel.)** Der preußische Staatsrat setzte die Einzelberatung des Etats fort und erledigte sie bis auf einige kleinere Reste. Das dem Etat vorliegende Gutachten des Hauptausschusses des Staatsrates wurde angenommen. Bei der Beratung des Justizetats wies der preußische Justizminister Dr. Schmidt auf die Belastung der Justizbehörden hin. So seien z. B. im Jahre 1926 etwa 2 Millionen Zahlungsbefehle, 750 000 Zivilprozesse und 1½ Mill. Grundbuchsachen mehr zu bewältigen gewesen als vor dem Kriege und es hätten bei Beginn des Jahres 1926 noch mehr als 2½ Millionen Aufwertungsanträge ihrer Erledigung geharrt. Der Minister führte weiter aus, daß seine Bestrebungen in erster Linie dahin gehen, der Justiz diejenige Achtung und das Vertrauen zu schaffen, deren sie unbedingt bedürfe. Es kommt darauf an, die Justiz volkstümlich zu machen. Zu dem Reichsgesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nahm der Staatsrat ein Gutachten an, in dem darauf aufmerksam gemacht wird, daß den Gemeinden und Fürsorgeverbänden keine neuen Lasten überwiesen werden dürfen, ohne ihnen gleichzeitig die nötigen Mittel zuzuweisen. Der Staatsrat fordert darin weiter, daß die Regierung nach Jahresfrist über die Bewährung des Reichsgesetzes Mitteilung macht und gegebenenfalls für seine Änderung eintritt. — Gegen das Gesetz über die Ärztekammern und gegen die grundsätzliche Einführung der Öffentlichkeit beim richterlichen Disziplinarverfahren wurde Einspruch nicht erhoben. — Nächste Sitzung Mittwoch.

Die Senkung der Lohnsteuer.

Berlin, 13. Dez. Der Steuerausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute nach Verabschiedung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes in 2. Lesung mit der Senkung der Lohnsteuer. Abg. Dr. Herz betonte hierzu, daß die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre eine immer stärkere steuerliche Belastung der untersten Schichten gebracht habe. Eine Korrektur sei nur durch die Lohnsteuersenkung möglich. Für das Zentrum erklärte Dr. Brüning, es sei fraglich, ob das Prinzip der Senkung des Prozentsatzes der Steuer dem Sinne des Gesetzes entspreche. Im übrigen legte der Redner schärfsten Einspruch dagegen ein, daß ein Teil der Länderregierungen in der Besoldungsvorlage über die Reichsvorlage hinausgegangen sei und nun die Mehrausgaben durch Nichtsenkung der Lohnsteuer decken wolle. Im Ausschuß müsse geprüft werden, ob man nicht eine Zwischenstufe einhalten könne, um zu verhindern, daß die Erleichterung der ledigen Lohnsteuerpflichtigen mit hohem Einkommen erheblich größer ist als die der übrigen Lohnsteuerpflichtigen. Der volksparteiliche Abgeordnete Keinath äußerte Bedenken gegen die Senkung der Lohnsteuer und kündigte an, daß seine Fraktion auf stärkere Aufbringung des Einkommensteuertarifes hinwirken werde. Der Redner der Bayerischen Volkspartei, Dr. Horlacher, schloß sich im wesentlichen den Ausführungen des Zentrumsredners an. Die Beratungen werden am Mittwoch fortgesetzt.

Tagung der preußischen Studentenschaften in Goslar

Goslar 12. Dez. **(Tel.)** Die vom Vorstand der Deutschen Studentenschaft für gestern hierher einberufene Tagung der preußischen Studentenschaften wurde von sämtlichen Studentenschaften Preußens, mit Ausnahme der Studentenschaft der Technischen Hochschule Aachen, beschickt. Zu Beginn der Tagung begrüßte der Rektor der Bergakademie Clausthal, Professor Dr. ing. Gumbrecht, die versammelten studentischen Vertreter. Die Beratungen bezogen sich auf die Weiterführung der studentischen Selbstverwaltungsarbeit an den preußischen Hochschulen nach der Ablehnung des neuen Studentenrechtes. Die vom Vorstande der Deutschen Studentenschaft unterbreiteten Richtlinien fanden die einmütige Zustimmung sämtlicher preußischer Studentenschaften mit Ausnahme der Studentenschaft der Universität Münster, deren Vertreter zu einer endgültigen Stellungnahme nicht in der Lage war Es wurde dann eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

„Die preußischen Studentenschaften haben durch ihre Stellungnahme bei der Urabstimmung über die neue preußische Sactsministerialverordnung auf staatliche Anerkennung verzichtet, weil ihnen die Durchsetzung der Grundgedanken ihres Zusammenschlusses durch die Neuregelung des Studienrechts gefährdet erschien. Trotz dieser Aufgabe der staatlichen Anerkennung sind die preußischen Studentenschaften fest entschlossen, auch in Zukunft ihre alten Aufgaben getreu den bisher geltenden Grundsätzen zu verfolgen. Ihr Streben geht dabei dahin, der Studentenschaft wieder eine dem alten Studentenrecht von 1920 entsprechende staatliche Anerkennung zu verschaffen, die ihr in Zusammenarbeit mit den staatlichen Behörden dennoch eine selbständige Regelung ihrer Angelegenheiten gestatte."

Ferner wird in der Entschließung gesagt: „Der Studentenschaft ist bei den Auseinandersetzungen der Vergangenheit häufig eine Nichtachtung der Staatsnotwendigkeiten oder gar eine Staatsfeindlichkeit zum Vorwurf gemacht worden. Die Studentenschaft wollte und will nach ihrer Zielformel „mitarbeiten an den Aufgaben der deutschen Hochschule gegenüber dem deutschen Volke." Sie hat in den Erschütterungen der Nachkriegszeit wie alle anderen Volksschichten häufig genug durch Einsatz von Leben und Gesundheit bewiesen, daß sie in Erfüllung dieser Aufgaben zu einem selbstlosen Eintreten für den heutigen Staat bereit ist. Allerdings glaubt sie, daß das durch äußere Gewalt zerstückelte, durch innere Not gequälte Reich in seinem derzei-

tigen Bestand nicht das Endziel deutschen Strebens sein kann. Die Studentenschaft glaubt an die Zusammenfassung des ganzen deutschen Volkes in einem freien großdeutschen Staat und fühlt sich innerlich verpflichtet, diesem Staat durch ihre Arbeit schon heute zu dienen, selbst auf die Gefahr hin, daß der Weg, den ihr dabei Pflicht und Gewissen vorschreiben augenblicklich nicht die Billigung aller zuständigen politischen Gewalten findet."

Englischer und amerikanischer Schritt in Bukarest.

tu **Bukarest**, 13. Dez. **(Tel.)** Die englische Gesandtschaft hat einen Sekretär nach Großwardein und Klausenburg entsandt, um dort eine Untersuchung über die Zerstörung von englischem Eigentum bei den Studenten-Unruhen einzuleiten. Zur gleichen Zeit hat auch der amerikanische Gesandte in Bukarest bei Titulescu vorgesprochen und gegen die Zerstörung amerikanischen Eigentums bei den Unruhen energisch protestiert. Der Gesandte habe sich weitere Schritte vorbehalten.

Wie aus Klausenburg gemeldet wird, haben dort die Studenten erneut versucht, Geschäfte zu plündern und die jüdische Bevölkerung zu mißhandeln. Sie wurden aber von den Truppen davon abgehalten. Nach einem Sonderbericht des „Adverul" beträgt der Schaden in Klausenburg 52 Millionen Lei. Sämtliche Synagogen sind zerstört worden. Der Bericht der Untersuchungskommission ist nunmehr dem Ministerrat überreicht worden. Wie verlautet, wird die Regierung die Führer der Studenten vor das Kriegsgericht stellen. Die schuldigen Studenten sollen exmatrikuliert werden.

Tschiangkaischek droht Moskau.

tu **London**, 12. Dez. **(Tel.)** General Tschiangkaischek, der jetzt den Oberbefehl über sämtliche Streitkräfte des Südens übernommen hat, erklärte nach Meldungen aus Schanghai in einem Interview, daß die nationalistische Regierung zum Abbruch der Beziehungen mit Rußland gezwungen sein werde, wenn Moskau mit seiner Intrigenpolitik in China fortfahre. In diesem Falle würden auch die russischen Konsulate im Befehlsbereich der nationalistischen Armee geschlossen werden. Tschiangkaischek bestätigte, daß der Führer der Kuomintang ihn mit der besonderen Aufgabe betraut habe, die Einheit der Partei wiederherzustellen und die nationalistische Regierung zu reorganisieren. Er fügte hinzu, daß er alles tun werde, um im Süden den Bruderkrieg zu beenden und die Feindseligkeiten gegen Tschangtsolin wieder aufzunehmen.

Die Fremden werden in Sicherheit gebracht.

tu **London**, 13. Dez. Nach Meldungen aus Schanghai sind im europäischen Wohnviertel von Kanton Feldgeschütze untergebracht worden, um die im amerikanischen Konsulat untergebrachten Ausländer zu schützen. Unter dem Schutz amerikanischer Marinesoldaten werden alle Fremden aus der Eingeborenen-Stadt nach dem Europäerviertel gebracht. U. a. sind bereits 55 Deutsche in Shamien eingetroffen. Ein britisches Kanonenboot mit Europäern an Bord wurde heftig beschossen. Die Zahl der bei den Kämpfen in Kanton bisher getöteten und verwundeten Personen wird auf 20 000 geschätzt. Die Kämpfe dauern noch an.

Die Unruhen in Kanton.

w **Hongkong**, 13. Dez. **(Tel.)** Fast 40 Missionare, zum größten Teil Amerikaner und Deutsche, die aus dem Innern des Landes geflohen sind, trafen heute hier ein. Dasselbe Schiff landete mehrere hundert chinesische Flüchtlinge aus Kanton.

w **Schanghai**, 13. Dez. **(Tel.)** Ein Kriegsschiff der U. S. A. hat im Europäerviertel von Kanton Waffen gelandet, die nach dem amerikanischen Konsulat geschafft wurden. Sie sind zum Schutze der dort untergebrachten Flüchtlinge bestimmt. Landungsabteilungen der amerikanischen Marine holen die Europäer aus der Chinesenstadt nach dem Fremdenviertel.

Vor der Aufnahme englisch-persischer Verhandlungen.

tu **Konstantinopel**, 12. Dez. **(Tel.)** Wie aus Teheran berichtet wird, hat die englische Regierung nunmehr die persische Regierung offiziell um die Aufnahme von Verhandlungen zwecks Abschlusses eines englisch-persischen Freundschafts- und Handelsvertrages ersucht. Eine zustimmende Antwort der persischen Regierung steht zwar noch aus, es ist aber kaum daran zu zweifeln, daß sie in bejahendem Sinne ausfallen wird. Der Aufnahme der englisch-persischen Verhandlungen zum Zwecke eines Freundschafts- und Handelsvertrages würde große politische Bedeutung zukommen, da bisher zwischen Persien und England nur der alte Friedensvertrag vom 4. März 1857 und ein Zollabkommen vom 2. April 1920 die Beziehungen regelt. Da zwischen England und Persien eine große Reihe von Fragen zu regeln ist, würde somit eine große Reihe aktueller und wichtiger Fragen zur Erörterung gelangen. Sollte Persien sich zu einer Besprechung dieser Probleme bereit erklären, so würde es damit seinem Bestreben Ausdruck geben, eine neutrale Politik fortzusetzen, die in einer gleichmäßigen Behandlung Englands und Rußlands ihren Ausdruck findet. Bekanntlich hat Persien erst vor kurzem einen Freundschafts- und Sicherheitsvertrag mit Rußland geschlossen, sowie durch Notenaustausch einen provisorischen Handelsvertrag mit Rußland in Kraft gesetzt.

Deutsches Reich

Die deutsche Völkerbundsdelegation wieder in Berlin.

tu **Berlin**, 13. Dez. **(Tel)** Reichsaußenminister Dr. Stresemann traf heute nachmittag um 15,45 Uhr an der Spitze der deutschen Völkerbundsdelegation aus Genf wieder in Berlin ein. In seiner Begleitung befanden sich u. a. Staatssekretär von Schubert, Ministerialdirektor Dr. Gaus, Staatssekretär Dr. Pünder von der Reichskanzlei, Staatssekretär Weißmann von der preußischen Regierung und Reichspressechef, Ministerialdirektor Dr. Zechlin. Zum Empfang auf dem Bahnhof hatten sich u. a. Staatssekretär Dr. Köpke und Geheimrat Baligand eingefunden.

Dr. Stresemann wird noch heute vom Reichspräsidenten empfangen werden, um über den Verlauf der Völkerbundstagung Bericht zu erstatten.

Das neue braunschweigische Landtagspräsidium.

w **Braunschweig**, 13. Dez. **(Tel)** Der neu gewählte braunschweigische Landtag trat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Zum Präsidenten wurde Wesemeier (Soz) gewählt, zum Vizepräsidenten Wesse (DV). Der Präsident verlas die Rücktrittserklärung des bisherigen Staatsministeriums. Nach Bildung der Ausschüsse wurde die nächste Sitzung auf morgen vormittag anberaumt mit der Tagesordnung: Wahl der neuen Regierung.

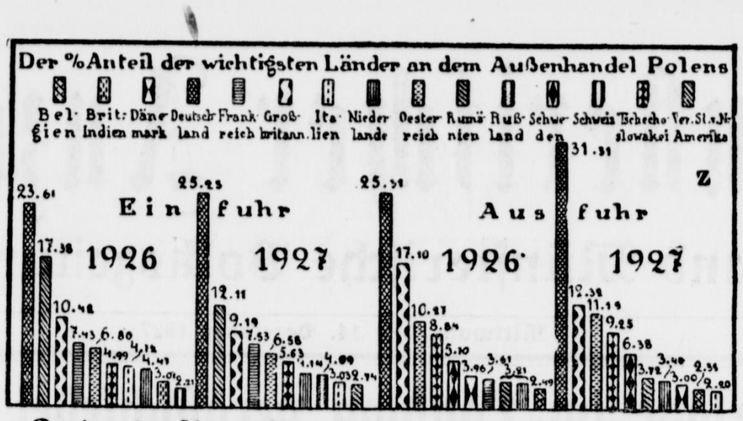
Nachwahlen zum Landtag in Mecklenburg-Schwerin.

w **Schwerin**, 11. Dez. Bei den heutigen Landtagsnachwahlen in den Wahlbezirken Sietow und Grambow-Wendschhof, die auf Beschluß des Wahlprüfungsausschusses des Landtages wegen vorgekommener Wahlverstöße vorgenommen wurden, erhielten die Demokraten über 60 Stimmen in beiden Bezirken mehr als bei den Landtagswahlen am 22. Mai dieses Jahres. Da ihnen damals nur sieben Stimmen zu einem zweiten Mandat fehlten, wird nunmehr ein weiterer Demokratischer Abgeordneter in den Landtag einziehen. Die gegenwärtige demokratisch-sozialistische Regierung erfährt dadurch eine bedeutende Festigung, da sie parlamentarisch nicht mehr von den Kommunisten abhängig ist. Kommunisten und bürgerliche Opposition auf der einen Seite und Regierungsparteien auf der anderen Seite verfügen nunmehr über die gleiche Anzahl der Sitze. Es stehen sich auf beiden Seiten je 26 Abgeordnete gegenüber.

Aus aller Welt.

Deutscher Sieg bei Betriebsrätewahlen in Ostoberschlesien.

tu **Königshütte**, 13. Dez. Bei den Betriebsrätewahlen in den Betrieben der Königs- und Laurahütte haben die deutschen Gewerkschaften einen bedeutenden Wahlsieg errungen. Es wurden abgegeben für die Liste des deutschen Metallarbeiterverbandes 1503 Stimmen, für die Liste der deutschen christlichen Gewerkschaften 506 Stimmen und für die vereinigten polnischen Listen 983 Stimmen. Die deutschen Gewerkschaften erhalten danach neun Betriebsrats- und zwei Ersatzmännersitze und die polnischen Gewerkschaften 4 Betriebsrats- und 1 Ersatzmannsitz. Gegenüber den vorjährigen Wahlen beträgt der Stimmenzuwachs der deutschen Gewerkschaften ca. 40 Prozent.



Zu den deutsch-polnischen Handelsvertrags-Verhandlungen.

Deutschland nimmt im Außenhandel Polens die erste Stelle ein.

Vertrauensvotum für das belgische Kabinett.

w **Brüssel**, 13. Dez. **(Tel.)** Der Senat hat mit 58 gegen 53 Stimmen einen Antrag angenommen, durch den dem neuen Kabinett Jaspar das Vertrauen ausgesprochen wird.

Aus der französischen Diplomatie.

tu **Paris**, 13. Dez. **(Tel.)** Dem offiziösen „Petit Parisien" zufolge, wird, von dem bevorstehenden Revirement in der französischen Diplomatie auch die Botschaft beim Vatikan betroffen. Der bisherige Vertreter Frankreichs beim Hl Stuhl, Doulcet, soll durch den gegenwärtigen Gesandten im Haag, de Marcilly, ersetzt werden. An dessen Stelle wird der ständige Vertreter Frankreichs im Völkerbund, Graf Clauzel, nach dem Haag entsandt werden. Zum Nachfolger des Grafen Clauzel wird voraussicht der bekannte Generalsekretär der Botschafter-Konferenz, Massigli, einer der fähigsten Beamten des Quai d'Orsay, ernannt werden.

Die lettländische Regierung freiwillig zurückgetreten.

tu **Riga**, 13. Dez. **(Tel.)** In der heutigen Parlamentssitzung ist die lettländische Regierung freiwillig zurückgetreten. Der Rücktritt wird mit dem Austritt des demokratischen Zentrums aus der Koalition begründet. Die Verhandlungen zur Bildung einer neuen bürgerlichen Regierung haben unter Führung der Bergpartei bereits begonnen.

Schwerer Konflikt zwischen dem Gouverneur und der Volksvertretung von Oklahoma.

w **Oklahoma City**, 12. Dez. **(Tel.)** Bewaffnete Mitglieder der Staatsmiliz versperrten im Auftrage des Gouverneurs einer Mehrheit von Mitgliedern des Unterhauses der Volksvertretung den Zutritt zum Sitzungszimmer im Kapitol, wo sie über Anschuldigungen von angeblichen Unregelmäßigkeiten in Verbindung mit der Amtsführung des Gouverneurs beraten wollten. Die Mitglieder hielten schließlich ihre Sitzung in Hotelräumlichkeiten ab.

*

tu **Newyork**, 12. Dez. **(Tel.)** Über Oklahoma ist der Belagerungszustand verhängt worden. Der Gouverneur droht mit der Verhaftung der Abgeordneten, die in der Stadt Reden hatten. Soldaten mit aufgepflanztem Seitengewehr bewachen die Parlamentseingänge und die öffentlichen Plätze.

Die amerikanische Flottenrüstung.

tu **Newyork**, 13. Dez. **(Tel.)** Dem amerikanischen Kongreß geht heute das neue Flottenbauprogramm zu, das sich auf fünf Jahre erstreckt und dessen Ausführung eine Milliarde Dollar kostet. Zur Ersetzung veralteter Großkampfschiffe sollen vier neue zu je 60 Millionen Dollar erbaut werden. Außerdem ist der Neubau von 26 Kreuzern des 10 000 Tonnen Typs, von fünf Unterseebooten und 18 Zerstörern vorgesehen. Mit der Annahme dieses Programms durch den Kongreß wird gerechnet. Präsident Coolidge erklärte, die anderen Nationen sollten sich durch das amerikanische Flottenbauprogramm, das im Einklang mit dem Washingtoner Abkommen stehe, nicht zum Wettrüsten bewegen lassen.

Aus der Stadt.

Münster, 14 Dezember.

-s- **Kabinettsrat Bernhard Stähler †.** In Düsseldorf fand am Montag morgen unter überaus großer Beteiligung aller Kreise und Stände die Beerdigung des so plötzlich verstorbenen Herzogl. von Arenberg'schen Hofkammerrats Bernhard Stähler, gebürtig aus Hiltrup bei Münster, auf dem Nordfriedhofe statt. Eine Lungenentzündung hat dem überaus tätigen Leben dieses edlen und begabten Mannes allzu früh ein Ende bereitet. Die herrlichen Kranzspenden, die vielen Abordnungen von Vereinen des Handels und der Großindustrie gaben Zeugnis von der Beliebtheit und Tüchtigkeit des Verstorbenen. Auch der Herzog von Arenberg mit seinen beiden Söhnen, sowie Prinz Oskar von Preußen gaben dem Verstorbenen das letzte Geleite. Zwanzig Jahre lang hat er, wie es in dem Nachrufe heißt, in Treue und vorbildlicher Umsicht seinem verantwortungsvollen Amte vorgestanden. Ein Freund der Armen und Bedrängten ist mit ihm aus dem Leben geschieden und auch die Düsseldorfer Katholiken beklagen den Heimgang eines ihrer besten Mitbürger. Seiner Kirche allzeit getreuer Sohn, ein echter Westfale an Charakter und Willensstärke und ein großer Menschenfreund, so bleibt sein Andenken in Segen bei allen, die ihn kannten. Möge er ruhen in Gottes heiligem Frieden.

Um 100 Flaschen Sekt betrogen. An den Vertreter der Sektkellerei Schwarlachberg wandte sich der Händler A. R. und bestellte bei ihm 100 Flaschen Sekt mit dem Hinzusetzen, daß die Sache sehr große Eile habe. Da R. dem Sektvertreter völlig unbekannt war, erklärte er, das Geld zur Bezahlung liege fertig zu Hause. R. nahm auch ein Adreßbuch und machte den Vertreter darauf aufmerksam, daß A. R. als Eigentümer des Hauses, in dem er wohnte, bezeichnet war. Tatsächlich gehörte das Haus aber nicht dem hier fraglichen A. R., sondern dessen Vater, der auch A. R heißt. Der Vertreter, in dem Glauben, es mit einem kreditwürdigen und kreditfähigen Kunden zu tun zu haben, gab die Bestellung an seine Firma weiter. Diese lieferte auch prompt, so daß die Nachricht des Vertreters, der inzwischen weitere Erkundigungen über den Besteller eingezogen hatte, die recht ungünstig waren, von der Ausführung des Auftrages abzusehen, zu spät kam. Auch gelang es nicht, den Sekt am Empfangsorte noch vor der Ausgabe an A. R. zurückzuhalten. Bezahlung des Sektes erfolgte natürlich nicht. Erst am Tage vor dem Verhandlungstermin zedierte A. R 2 Forderungen an die Sektfirma. Das nützte ihm aber nichts mehr. Wegen Betruges wurde er vom Amtsgericht zu zwei Monaten Gefängnis bestraft.

Ein großer Schmugglerprozeß.

II.

w **Münster**, 13. Dezember.

Die Beweisaufnahme.

Von den Angeklagten wurde zunächst der Fuhrunternehmer Hubert Eymael, der das erste Geständnis ablegte, vernommen. Auch jetzt war der Angeklagte mit nur geringen Einschränkungen geständig. Er hatte für Beuersken die Fahrten anfangs ordnungsgemäß gemacht, erst später will er davon unterrichtet worden sein, daß er Kaffee mit seinem Auto schmuggelte. Auf Vorhaltungen habe ihm Beuersken erklärt, wenn er es nicht machen wolle, so könnte es ja ein anderer tun. Um seine gute Kundschaft nicht zu verlieren, habe er die Sache dann weiter gemacht. Sein Lastwagen, der die Nr. I Z 48 626 trug, wurde beschlagnahmt und sichergestellt.

Als nächste Angeklagten wurden zunächst nur die Chauffeure Josef Eymael, Reuffer und Stratmann vernommen. Sie fuhren die Lastwagen von Holland nach Deutschland und wollen nur gewußt haben, daß sie Mehl, das nicht verzollt werden brauchte, einführten. Von dem unter dem Mehl lagernden Kaffee wollen sie nichts gewußt haben. Den Fuhrunternehmern Gebrüdern Eymael und Reuffer wurden zwei Lastwagen beschlagnahmt. An einem der Wagen wurde dann von andern unbeteiligter Seite das Eigentum geltend gemacht. Der hierüber vorgelegte Vertrag war in Holland geschlossen. Es scheint aber, als wenn auch hier die Sache nicht echt ist. Der Chauffeur Breide bestreitet überhaupt, Sachen von Holland nach Deutschland in der fraglichen Zeit eingeführt zu haben.

Mit der Vernehmung dieser Angeklagten schloß die Morgensitzung ab. Am Nachmittag wird die Sitzung bis 7 Uhr abends weitergeführt werden. Der Vorsitzende Direktor Niermann glaubt, den Prozeß noch in dieser Woche zu Ende führen zu können.

In der Nachmittagssitzung am Dienstag wurde der frühere Zollsekretär Heilmann vernommen, der sich zunächst über seine Arbeit auf dem Zollamte äußerte, er klagte über Arbeitsüberlastung. Im Sinne der Anklage will er sich keineswegs schuldig gemacht haben. Allerdings gibt der Angeklagte zu, aus Gefälligkeit, entgegen seiner Vorschrift am 31 August, 1 und 3. September für die Lastwagen mit Kaffee den Zoll gestundet zu haben. Es handelte sich dabei dreimal um Beträge von ungefähr 7500 Mark.

Der Angeklagte Strohmeyer war in Hemden der Vorgänger des Heilmann. Die Anklage stellt er als böse Verleumdung da. Falls falsche Buchungen vorgekommen seien, so sei das auf Arbeitsüberlastung zurückzuführen. Während des Urlaubes des Angeklagten kamen merkwürdigerweise keine Sendungen unter dem fingierten Namen J. Jansen, jedenfalls wurden in dieser Zeit keine Sendungen unter diesem Namen eingeschrieben. Nach der Anklage soll Strohmeyer für jede Sendung 300 Mark von den Eheleuten Helmes erhalten haben.

Der Angeklagte Spieß kam als Militäranwärter 1905 in den Zolldienst. Von 1916 war er in Heidenek tätig. Auch dieser Angeklagte stritet entschieden jede Gemeinschaft mit den Schmugglern ab. In der Zeit, als Strohmeyer in Hemden in Urlaub war, sollen die Waren über Heidenek auf den fingierten Namen Schroer geschmuggelt sein. Für jede dieser Sendungen soll er 300 Mark erhalten haben. Auffällig ist das Verhältnis des Angeklagten zu den Eheleuten Gastwirt Helmes. Belastend wirkt für diesen Angeklagten ein Brief, den er aus dem Gefängnis ohne Zensur einem zur Entlassung kommenden Gefangenen mitgab. In diesem Briefe warnt er die Eheleute Helmes, seinen Angehörigen riet er, alles Geld von der Sparkasse abzuholen und zu sagen, die Möbel gehörten jemandem anders. Der abgefangene Brief lag dem Gericht vor. Über den Zweck des Briefes kann der Angeklagte keine befriedigende Erklärung geben. Auch vom Landgericht in Krefeld wird dem Angeklagten noch eine Schmuggleraffäre zur Last gelegt.

Die Angeklagte Frau Helmes streitet jede Bestechung der Zollbeamten ab. Die Beamten in Hemden will sie gar nicht kennen. Ihr Mann ist seit langen Jahren lungenkrank. Für sie sind Erklärungen einiger holländischer Zeugen belastend. Ob diese Holländer zur Verhandlung erscheinen werden ist sehr zweifelhaft.

Der Angeklagte Händler Lehm aus Essen kommt für den Schmuggel von acht Eisenbahnwaggons voll Kaffee in Frage. An ihn waren im Mai 1926 und den folgenden Monaten die Waggons nach Mühlheim adressiert. Der Inhalt dieser Waggons war mit Kartoffeln angegeben. In der Hauptsache enthielten sie aber Kaffee. In der Voruntersuchung hatte Lehm Angaben gemacht die einem Geständnis gleich kommen. Heute sagt er, als er gemerkt habe, daß Kaffee geliefert wurde, habe er energisch abgewinkt. Die Chauffeure, die bei ihm den Kaffee abgenommen hätten, seien durch große Autobrillen unkenntlich gewesen.

Der Angeklagte Spediteur Ewald Becher aus Düsseldorf, der den Kaffee abfuhr, will keine Ahnung gehabt haben, daß es sich um geschmuggelte Ware gehandelt habe.

Damit war die Verhandlung am Dienstag abend 19 Uhr beendet. Fortsetzung Mittwoch vormittag 9 Uhr.

Aus den Provinzen.

Telgte, 13. Dez. (Einbruchsdiebstahl.) In der Nacht zum Dienstag wurde in die Geschäftsräume des Metzgermeisters Anton Hansen eingebrochen. Die Spur der Täter, es handelt sich offenbar um zwei, die in Telgte ihre Helfer haben dürften, führen nach Münster. Es sind nach der Art der Technik dieselben Einbrecher, die im Laufe des vergangenen Sommers in Münster und in den letzten Monaten in Westbevern gearbeitet haben. Es wurde eine Geldkassette herausgebrochen und mitgenommen. Außerdem wurde die Ladenkasse in raffinierter Weise erbrochen. Dem Vernehmen nach fielen den Burschen um 1000 Mark in die Hände.

+ **Greven**, 12. Dez. (Der Westfälische Bauernbund) hatte gestern zu einer öffentlichen Bauernversammlung im Winninghoffschen Saale eingeladen. Für den als Redner vorgesehenen Dr. Lünenborg-Burgsteinfurt, der in letzter Stunde verhindert wurde, sprang Strake-Velen ein. Zunächst sprach Dr. Niehues-Münster über die Lage der Landwirtschaft. Er führte aus, daß eine Verschuldung der Landwirtschaft eingetreten sei, die sich mehr und mehr breit mache, da die Preispolitik, soweit sie besonders die landwirtschaftlichen Produkte angehe, sehr im Argen liege. Er ist der Ansicht, daß die Krise in der Landwirtschaft nur in etwa behoben werden könne durch eine landwirtschaftliche Einheitssteuer. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen kam Redner dann noch auf das Siedlungsproblem zu sprechen. Die von Reiche zur Verfügung gestellten Kredite für Siedlungszwecke seien in der Hauptsache dem Osten zugeflossen, während der Westen dieser wohl ebenso dringend bedürfe. Der zweite Redner Strake sprach über die Agrarreform. In der Diskussion nahmen das Wort Gutsbesitzer Vogelsang, Dr. Gronover, Dr. Obermeyer, Gutsbesitzer Bernhard Schulze Gronover. Herr Vogelsang sprach sich gegen den Bauernbund aus, er betonte die Vorteile, die unter der jetzigen Führung des Bauernvereins die hiesige Landwirtschaft genieße. Dr. Gronover betonte, daß das Fundament des Westfälischen Bauernbundes auf losem Untergrund stehe. Die Bauernbank, die auch in Greven viele Mitglieder gehabt hätte, sei eingegangen, wodurch die Mitglieder große Summen verloren hätten. Dr. Obermeyer sprach zur Siedlungsfrage. Er widerlegte die aufgestellte Behauptung, daß von der Siedlung die Rentabilität der Landwirtschaft abhängig sei. Schulze Gronover bedauerte es lebhaft, daß der Westfälische Bauernbund versuche, einen Keil zwischen die hiesigen Landwirte zu treiben. Durch die landwirtschaftlichen Ortsvereine in Greven sei bislang alles in gutem Einvernehmen geregelt worden. Er brachte ein dreifaches Hoch auf die hiesigen Ortsvereine aus. Die Versammlung war zeitweise sehr stürmisch.

Honnef, 13. Dez. (Gute Frequenz) Das Bad Honnef (mit Rhöndorf) wurde in der verflossenen Saison von 11 467 Fremden, darunter 597 Ausländern besucht. Außerdem fanden 18 Kongresse und Veranstaltungen statt. Honnef wird im nächsten Jahre eine Saisonzeit vom 15 April bis 15 Oktober einrichten mit ermäßigten Bäderpreisen vom 15. April bis 1. Juni und vom 1. September bis 15 Oktober. Ein neues Inhalatorium mit modernsten Kurmitteln wird bis zum Beginn der Frühsaison fertiggestellt sein. Kurtaxe wird nicht erhoben.

Köln, 12. Dez. (Ein Kölner Millionenprojekt.) Die städtische Verwaltung hat eine Denkschrift vorgelegt, die die Verhältnisse der Erwerbslosenfrage in der Stadt Köln mit Bezug auf die voraussichtlichen Auswirkungen des Gesetzes vom 16. Juli 1927 über Arbeitsvermittelung und Arbeitslosenversicherung sorgfältig untersucht. Die Denkschrift geht von der Tatsache aus, daß die Lage der Gemeinden insofern eine bedeutende Verschlechterung erfahren hat, als unter der Herrschaft des neuen Gesetzes die Unterstützten in Zukunft erheblich früher der städtischen Wohlfahrt zur Last fallen als früher. Die Denkschrift schlägt daher vor, zur Beschäftigung dieser letzteren Kategorie von Arbeitern im Wege der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge, zu der Zuschüsse und Darlehen aus Reichs- und Staatsmitteln im Betrage von 80 Prozent zur Verfügung gestellt werden, den äußeren Grüngürtel der Stadt Köln, und zwar von der Bonner Straße bis zur Frechener Bahn, in ein zusammenhängendes Wald- und Wiesengelände umzuwandeln das der Erholung der Kölner Bevölkerung dienen soll. Dadurch würde es möglich sein, bis einschließlich 1931 insgesamt 9000 Arbeitslose bei leichten Erdarbeiten zu beschäftigen und sie nach und nach wieder an eine geregelte Tätigkeit zu gewöhnen. Die Kosten des ganzen Bauabschnitts betragen rund neun Millionen Mark. In der Denkschrift wird anhand eingehender Berechnungen ausgeführt, daß die durch die Ausführung des Projekts der Stadt Köln erwachsende jährliche Gesamtlasten von 1 442 917 Mark durch die Ersparnisse an Wohlfahrtsunterstützung nicht nur ausgeglichen wird, sondern daß voraussichtlich sich zu Gunsten der Stadt noch ein Überschuß ergeben wird. Die Denkschrift kommt demnach zu dem Schlusse, daß es ratsam erscheine, mit den vorgesehenen Arbeiten alsbald zu beginnen.

+ **Aachen**, 13. Dez. **(Tödlicher Bauunfall.)** In Kohlscheidt stürzte an einem Neubau bei der Ausführung von Dacharbeiten ein 25 Meter hohes Gerüst zusammen, auf dem sich zwei Arbeiter befanden. Einer wurde getötet, der andere schwer verletzt.

Die Reise des Gemeindeausschusses in das Industriegebiet.

‡ **Berlin**, 13. Dez. Der Gemeindeausschuß des preußischen Landtages hielt am Dienstag abend eine kurze Besprechung ab über die Reise des Ausschusses in das westfälische Industriegebiet, die im Zusammenhang mit der westfälischen Eingemeindungsvorlage steht. Die Reise soll bekanntlich vom 9. bis 14. Januar nächsten Jahres stattfinden. Als Berichterstatter wurden ernannt: Abg. Sammit-Düsseldorf (DVP.), Abg Haas-Köln (Soz.), Abg. Giese (Ztr.), Abg. Dr. von Waldthausen (DN.).

Vermischtes.

* w **Drei Personen infolge Gasvergiftung gestorben.** Berlin, 13 Dez. In einer Wohnung in der kleinen Marcusstraße, in der Nähe des Alexanderplatzes wurden heute nachmittag der Büglers Ehepaar und eine Untermieterin tot aufgefunden. Die Räume waren vollständig mit Gas angefüllt. Unter Umgehung des Gasmessers war an der Hauptleitung ein Gasschlauch angebracht, der sich, unbemerkt von den drei Personen gelöst hatte.

* w **Verleihung des Siemensrings an Oskar von Miller.** Berlin, 13. Dez. **(Tel.)** Dem Gründer des Deutschen Museums, Oskar von Miller, wurde heute abend bei einer im kleinen Kreise veranstalteten Feier der im Jahre 1916 gestiftete Siemensring, den bisher Professor von Linde, Dr. Freiherr Auer von Welsbach und Geh. Rat Bosch erhalten haben, überreicht. Der Vorsitzende der Siemensring-Stiftung, Professor Dr Paschen feierte in einer Ansprache Oskar von Miller als den bahnbrechenden Pionier der deutschen Elektrotechnik und der deutschen Elektrizitätswirtschaft.

* ‡ **Der Marek-Freispruch aufgehoben.** Berlin, 13. Dez. Wie die Abendblätter aus Wien melden, hat der Oberste Gerichtshof auf Grund der seinerzeit eingebrachten Beschwerde der Staatsanwaltschaft den seinerzeitigen Freispruch Emil Mareks vom Verbrechen des Versicherungsbetruges wegen Nichtigkeit aufgehoben.

* w **Zusammenstoß zwischen einem Autobus und einem Privatautomobil.** Berlin, 13. Dez. Heute nachmittag stieß in der Groß Görschen Straße ein Autobus mit einem Privatauto zusammen. Der Privatwagen wurde gegen einen Gaskandelaber gedrückt, überschlug sich und ist völlig zertrümmert. Sechs Personen, darunter die Führer beider Wagen wurden verletzt. Der Autobus wurde erheblich beschädigt, konnte aber seine Fahrt fortsetzen.

* w **Wegen Beleidigung des preußischen Ministerpräsidenten verurteilt.** Leipzig, 13. Dez. **(Tel.)** Der völkische Schriftsteller Georg Kramer und der Buchdrucker Hientzsch aus Leipzig hatten sich wegen schwerer Beleidigung des preußischen Ministerpräsidenten Braun zu verantworten. Kramer hatte in Flugschriften, die er herausgab, einen Artikel aus der Zeitschrift „Spectator" aufgenommen, in dem Ministerpräsident Braun verleumdet wurde. Unter anderem hieß es darin: Er habe als preußischer Landwirtschaftsminister in einer Sitzung des Parteivorstandes der sozialdemokratischen Partei erklärt, es wären ihm 4 Millionen Mark von den Juden Oppenheimer zur Agitation im preußischen Agrargebiet zur Verfügung gestellt worden. Dem Artikel hatte Kramer noch selbst einige Sätze hinzugefügt. Kramer wurde wegen Beleidigung zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt. Hientzsch, der keine Kenntnis von dem Inhalt der Druckschriften gehabt haben will, wurde freigesprochen.

* w **Drei Arbeiter bei einem Gerüstzusammenbruch getötet.** Amsterdam, 13 Dez **(Tel)** Wie die Blätter berichten, ist gestern abend beim Bau einer Krananlage auf dem Hochofenwerk Ymuiden ein 30 Meter hohes Gerüst eingestürzt, wobei drei auf dem Gerüst beschäftigte Arbeiter getötet wurden.

* w **Zusammenbruch zweier Brüsseler Finanzunternehmen.** Brüssel, 13. Dez. Zwei Finanzunternehmen sind zusammengebrochen: Das Comptoir General de la Banque et de la Bourse, mit einem Defizit von 6 Millionen und die Firma Hollerer u. Oelheid mit einem Defizit von 2,5 Millionen. Es sind vier Verhaftungen vorgenommen worden. Die Leiter dieser Unternehmen werden beschuldigt, die Weisungen ihrer Kunden nicht ausgeführt zu haben.

* ‡ **Schwere Sprengstoffexplosion in Dorpat.** Reval, 13. Dez. In Dorpat explodierte unter heftiger Detonation die Sprengstoffabteilung der chemischen Fabrik Helios. Das Fabrikgebäude wurde vollständig zerstört. Sieben Arbeiter wurden getötet und einer schwer verletzt. Der Sachschaden ist erheblich.

* **Über 100 Schweine verbrannt.**

tu **Heide** i. Holst., 13. Dez. In einem Anwesen in Wischreihe brach ein Brand aus, der das Wohnhaus und die Wirtschaftsgebäude bis auf die Grundmauern einäscherte. Über 100 Schweine sind in den Flammen umgekommen. Auch der gesamte Heuvorrat ist verbrannt.

* **Die blutigen Zwischenfälle in Ahrensdorf vor Gericht.**

Frankfurt a. d. O., 12 Dez. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen im Ahrensdorfer Prozeß wurde der Vater Paul Schmelzers vernommen, der die Vorgänge ähnlich wie sein Sohn schilderte. In der Frage, wo sich das Gewehr befunden habe, weckt er gegen die Aussage des Sohnes erheblich ab, indem er erklärte, das Gewehr habe sich in einem alten nicht mehr verschließbaren Schrank befunden. Von den Patronen habe er nichts gewußt, sonst hätte er sie vernichtet, da sein Sohn wiederholt bei geringsten Anlässen gedroht habe, alle niederzuschießen. August Schmelzer erklärte schließlich, daß er in seiner Erregung nicht gewußt habe, wo er das Gewehr hergeholt habe. Angeklagter Paul Schmelzer bestätigt auf Fragen der Verteidigung, daß er vom deutschvölkischen Freiheitsbund zum Ehrenmitglied ernannt worden sei, warum, wisse er nicht. Das Gericht trat dann in die Beweisaufnahme ein. Als erster Zeuge wurde der 22jährige Rohrleger Bottcher aus Berlin vernommen, der zu den Insassen des Reichsbanner-Autos gehörte. Er schilderte die Fahrt durch das Dorf und erklärte, daß, als das Auto hinter der Biegung am Ausgangspunkt nach Frankfurt a d O. angelangt gewesen sei, die Reichsbannerleute Hilferufe der hinter dem Auto herfahrenden Radfahrer gehört hätten. Einige seien vom Auto gesprungen und hätten zwei Werwolf-Leute verprügelt. Als die Reichsbannerleute zum Auto zurückkehrten, seien sie von den Ahrensdorfern mit Steinen beworfen worden. In dem Augenblick, als sie das Auto bestiegen, habe Schmelzer aus etwa 100—110 Meter Entfernung geschossen. Der Zeuge bestritt energisch, daß die Reichsbannerleute Gummiknüppel oder andere Waffen mithatten. — Für möglich halte er es daß sie mit Steinen zurückgeworfen hätten. Es wurde dann eine größere Anzahl von Reichsbannermitgliedern vernommen, die auf dem Kraftwagen durch Ahrensdorf fuhren. Übereinstimmend wurde von ihnen erklärt, daß die Schüsse gefallen seien, als man bereits im Abfahren begriffen war. Ein Antrag der Vertreter den Nebenkläger, auch den Vater Schmelzers in Haft zu nehmen da Kollisionsgefahr bestehe, wurde vom Gericht abgelehnt.

Der Dienstag des Prozesses war der Vernehmung der Zeugen aus Ahrensdorf gewidmet. Nicht weniger als 25 Zeugen konnte der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Rothe, bei Beginn der Verhandlung aufrufen. Rechtsanwalt Dr. Juliusberger beantragte die Vernehmung des Zeugen von Alvensleben und vorläufig Ausweisung aus dem Zuhörerraum. Das Gericht beschloß, sich die Vernehmung noch vorzubehalten und bat Herrn von Alvensleben, den Zuhörerraum einstweilen zu verlassen. Auf die Frage von Alvensleben, ob das eine Ausweisung sei, erwiderte der Vorsitzende, es sei eine Bitte. Darauf erklärte von Alvensleben, daß er im Saale bleibe. Nach einiger Zeit wurde dann von Alvensleben die Ladung als Zeuge zugestellt so daß er den Saal verlassen mußte. Die Zeugenvernehmung wurde dann fortgesetzt. Ein Reichsbannerangehöriger der am Tage des Zusammenstoßes eine halbe Stunde vor dem Auto mit dem Rade Ahrensdorf passiert hatte bekundete, daß er auf seiner vierstündigen Fahrt nirgends belästigt worden sei, nur in Ahrensdorf sei er von einigen Leuten mit Hitlermützen bedroht worden.

Luftfahrt.

Lindbergh nach Mexiko gestartet.

Newyork, 13 Dez. Lindbergh ist heute zum Flug nach Mexiko City gestartet. Lindbergh war bekanntlich vom Präsidenten Calles zu einem Besuch der mexikanischen Hauptstadt eingeladen worden.